



## **Junckers Vorschlag einer „Europa Armee“ „Das Pferd von hinten aufgezäumt“**

**Dr. Klaus Olshausen**

**März 2015**

### **Zusammenfassung**

---

Schon immer lag den Vorstellungen, ja Forderungen nach einer „europäischen Armee“ der EU die irri- ge Vorstellung zugrunde, dass dies ein wichtiges und im heutigen und absehbaren Sicherheitsumfeld erforderliches Projekt sein kann, um dem Ziel eines „Vereinigten Europas“ der EU-Staaten näherzukommen. Wenn die prakti- schen Aspekte in den Vordergrund treten, wird es dann schnell als „Zukunftsvision“ bezeichnet. Man spürt, dass man dabei ist, den Karren vor das Pferd zu spannen. Auch die Aussagen von Jean-Claude Juncker, Präsi- dent der Europäischen Kommission, geben deshalb Anlass, auf eine Reihe von Faktoren hinzuweisen. Entschei- dend ist, dass solche europäischen Streitkräfte eine Regierung des „Vereinigten Europa“ erfordern, die Ent- scheidungsbefugnis über Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik besitzt und dem Parlament der EU- Staaten verantwortlich ist. Dies ist auf der Grundlage des Lissabonner Vertrags als imaginäres Ziel einzustufen. Deshalb gilt es, die praktische Arbeit darauf zu konzentrieren, das Zusammenwirken auf der politischen Ent- scheidungsebene für wirksame zivil-militärische Krisenprävention, -reaktion und -nachsorge inhaltlich und methodisch intensiv zu strukturieren und parallel die Interoperabilität der verfügbaren zivilen und militärischen Fähigkeiten insgesamt und der Streitkräfte der 28 EU-Mitgliedstaaten im Besonderen in allen Funktionsberei- chen und auf allen Ebenen voranzutreiben.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltum- spannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

Budgetzwänge und die Fragmentierung der Streitkräfte in 28 Mitgliedstaaten waren in den vergangenen Jahren immer wieder einmal Anlass, das Thema einer „Europa Armee“ zu diskutieren. Nun hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in einem Interview mit der *WELT am SONNTAG* vom 8. März 2015 diese europäische Armee im Zusammenhang mit Russlands Aggression gegenüber der Ukraine am Ostrand der EU mit neuem Blickwinkel als Mittel für verbesserte kollektive Sicherheit erwähnt, auch gegenüber Russland.

Alle deutschen Stimmen aus der Politik, die diesen Vorschlag positiv aufgegriffen haben, übersehen eine Reihe von Faktoren.

Zunächst ist festzustellen, dass bei der derzeitigen Situation der EU auf Grundlage des Lissabonner Vertrags, eine „europäische Armee“ eine sehr euphemistische, ausgreifende Wortwahl darstellt. Sie bedarf in mehrfacher Hinsicht der Einordnung.

1. Es geht nicht um eine „Armee“ des geographischen Europas oder für den europäischen Kontinent.
2. Es handelt sich vielmehr darum, wie die Europäische Union (EU) bereit und in der Lage ist, denjenigen Teil ihrer politischen Verantwortung in die Tat umzusetzen, der in der Krisenprävention, -bewältigung und -nachsorge das militärische Element erfordert. Korrekterweise ist deshalb von „EU-Armee“ zu sprechen.
3. Auch das Wort Armee bedarf der Erläuterung. Natürlich kann hier nicht eine Begrenzung auf Heeresverbände gemeint sein. Vielmehr handelt es sich um Strukturen und Verbände der Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Dabei sind auch weltraumgestützte Elemente und Konfigurationen für neuartige Bedrohungen wie „Cyber war“ mit eingeschlossen. Damit verbunden sind natürlich alle streitkräftegemeinsamen Strukturen und Elemente, die in der multinationalen Wirklichkeit mit dem Wort „jointness“ bezeichnet werden.

### *Ein Staat – eine Armee – der Idealtypus*

4. Streitkräfte erfüllen hoheitliche Aufgaben des jeweiligen (National-)Staates, der sie aufstellt, unterhält und einsetzt. In dieser Konfiguration stellt in einem demokratischen Staat eine Regierung Streitkräfte auf, für deren Budget und ggf. Grundstrukturen sie eine Mehrheit im Parlament erhalten muss. Auch die Entscheidung zum Einsatz der Streitkräfte kann je nach nationalen Regeln die Zustimmung des Parlaments erfordern.
5. Nimmt man diese Parameter zum Ausgangspunkt und als Referenzmodell, dann ist für „Streitkräfte der EU“ eine Regierung eines „Vereinigten Europa“ erforderlich, die über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entscheidet und dem Parlament der EU-Staaten dafür verantwortlich ist. Damit wäre eine Lage eingetreten, dass die 28 (+ x) Mitgliedstaaten diese Verantwortung an politisch drastisch aufgewertete EU-Gremien abgegeben haben.
6. Dieses EU-Gremium (Regierung) verfügt über militärische, multinational und alle Teilstreitkräfte (TSK) umfassend gestaltete Führungs- und Kommandostrukturen, die multinational zusammengesetzte Truppenteile in Ausbildung und Einsatz führen. Zugleich tragen sie Verantwortung für Konzepte, Doktrin, Streitkräfteplanung und Fähigkeitsentwicklung für moderne Streitkräfte.
7. Eine so als „Vereinigtes Europa“ gestaltete EU wäre dann Mitglied(staat) der Nordatlantischen Allianz – was denn sonst?



### **Reale Entwicklung**

8. Dieses Bild einer möglichen Zukunft kann als eine Art Koordinatenkreuz zur Einordnung der heutigen Gegebenheiten dienen. Mit dem Vertrag von Lissabon verbleiben die Außen- und Sicherheitspolitik, aber vor allem die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wesentlich ein zwischenstaatlicher (intergouvernementaler) Bereich. Die Steuerung liegt damit entscheidend bei den EU-Mitgliedstaaten. Auch bleibt die Einstimmigkeit entscheidendes Merkmal in diesem Politikbereich. Daran ändert die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit (Art. 20) oder der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (Art 42, Abs 6), die EU Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, in Teilbereichen voranzugehen, nichts Grundsätzliches.
9. Die EU-Kommission ist in diesem Bereich, vor allem bei militärischen Erfordernissen, ohne praktische Zuständigkeiten und es ist ziemlich unklar, welche Kompetenzen der Kommission sich Präsident Juncker für eine „EU-Armee“ vorstellt. Sieht er sich vielleicht als eine Art künftiger ‚Oberbefehlshaber‘?
10. Den Gremien der EU sind weder Hauptquartiere, andere militärische Stäbe oder gar Truppenteile ständig zugeordnet oder unterstellt.
11. Die Verantwortung für die kollektive Verteidigung der EU-Mitgliedstaaten, die zugleich Mitglied der Nordatlantischen Allianz sind, liegt absehbar weiter bei der NATO, was gerade seit Beginn des Konflikts um und in der Ukraine allen wieder deutlich bewusst wird. Die Maßnahmen der Atlantischen Allianz beim Gipfel in Wales im September 2014 dienen der Rückversicherung und Abschreckung in einem von Russland massiv verletzten Sicherheitsumfeld.

### **Worum es gehen kann**

Die folgenden Bemerkungen befassen sich also mit den in der EU vorhandenen Streitkräften der Mitgliedstaaten und ihrer möglichen wirksameren Zusammenfassung, Organisation und Führung von der politischen über die militär-strategische und operative bis zur taktischen Ebene. Dabei ist die erkenntnisleitende Frage, wie das Krisenmanagement der EU auch beim militärischen Anteil „fähiger, kohärenter und pro-aktiver“ (im Sinne der ESS<sup>1</sup>) weiterentwickelt werden kann.

### **Politische Formen und Strukturen in der realen Welt**

Die ESVP/GSVP<sup>2</sup> hat seit 1999 durchaus beeindruckende Fortschritte gemacht und eine ganze Reihe – allerdings sehr unterschiedlicher – Missionen und Operationen erfolgreich durchgeführt.

Der Weg von der „reinen Zivilmacht“ EG/EU zu einer Organisation mit der Bereitschaft, der Fähigkeit und dem Willen zur breit gefächerten Krisenbewältigung, einschließlich militärischer Macht, war von vielen Diskussionen, ja Kontroversen in den Jahren von 1996 (Amsterdamer Vertrag) bis in die Mitte des Jahres 2004 begleitet. Die entscheidenden Gremien der EU sind seit 2001 in Brüssel geschaffen worden. Die politischen Entscheidungen werden von den EU-Mitgliedstaaten im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee getroffen und im Ausschuss für zivile Maßnahmen und dem Militärausschuss vorbereitet. Die notwendige Stabsarbeit wird in integrierten Strukturen des Generalsekretariats und des für die Unterstützung des Militärausschusses (EUMC) geschaffenen, multinational besetzten Militärstabes (EUMS) geleistet.

<sup>1</sup> Europäische Sicherheitsstrategie

<sup>2</sup> Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mit dem Vertrag von Lissabon jetzt: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Diese Strukturen, die sich über die vergangenen zehn Jahre kontinuierlich konzeptionell und in Verfahrensfragen weiterentwickelt haben, sind fraglos befähigt, in den sicherheitsrelevanten Fragen und zu jeder Art von Krisenmanagement-Einsätzen sachgerechte Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen – immer abhängig vom Willen zum Konsens der EU-Mitgliedstaaten.

Für die Streitkräfte können Fortschritte im Zusammenwirken erreicht werden, wenn man sich auf folgende Bereiche und Funktionen konzentriert: die Interoperabilität von Stäben und Truppenteilen, die Standardisierung von Ausstattung, die Angleichung von Konzepten, Doktrinen und Streitkräfteplanung.

Eine strukturierte Zusammenarbeit wie z.B. zwischen Deutschland und den Niederlanden oder in den baltischen Staaten, kann in Ausbildung, Erziehung und Übungen, in abgestimmter Beschaffung und Ausstattung sowie in der Führung von Truppenteilen Verbesserungen erreichen.

Aber das ist noch nicht einmal der Nukleus einer „europäischen Armee“. Denn jede Entscheidung, diese im Frieden eng zusammenwirkenden Truppen und Stäbe in einer Krise oder zur kollektiven Verteidigung einzusetzen, bleibt bei den nationalen Regierungen.

Am Beispiel der Deutsch-französischen Brigade, die seit über 25 Jahren existiert, lässt sich erkennen, dass schon zwei Nationen sich politisch nicht zum gemeinsamen Einsatz dieser Brigade entscheiden konnten, obwohl es in den letzten Jahrzehnten dazu durchaus sinnvolle Möglichkeiten in der Krisenbewältigung gegeben hat.

Da ausgenommen bei einem Angriff gegen einen Mitgliedstaat, sei es der EU oder der NATO, wenn die Beistandsverpflichtung greift, die Mitgliedstaaten absehbar sehr variierende, ja divergierende Interessen bei allen Fragen der Krisenbewältigung haben und verfolgen werden, wird insbesondere der Einsatz einer „EU-Armee“, wenn es sie denn in den jetzigen Strukturen gäbe, so gut wie ausschließlich zu einer reinen „Abschreckungsarmee“. Denn Konsens für eine Nutzung des militärischen Instruments als Element der Krisenbewältigung wird kaum zu erreichen sein. Die Koalition der Willigen gegen IS sowie die nicht einmal durch Waffenlieferungen unterstützte Selbstverteidigung der Ukraine gem. Art 51 der UNO Charta mögen als Beispiele genügen, wie schwer, ja unmöglich es ist, in der EU – und auch in der NATO – in solchen Krisen initiativ zu handeln.

Da das so ist und eine EU als „Vereinigtes Europa“ in den Turbulenzen der vergangenen Jahre eher noch unwahrscheinlicher geworden ist, sollte die Vision einer „EU-Armee“ zugunsten einer verbesserten Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte zurückgestellt werden.

Eine „EU-Armee“ wäre weder zur Rettung des Staates Mali im Januar 2013 noch zur Stabilisierung der Zentralafrikanischen Republik eingesetzt worden. – Aber nach der erfolgreichen Initiative eines Mitgliedstaates wurde dieses Eingreifen jeweils von allen anderen „als richtig und konsequent“ bewertet.

Belassen wir es dabei und arbeiten daran, dass in solchen Fällen mehrere zusammen eingreifen, ohne auf alle warten zu müssen.

### **Wie also weiter?**

Fünfzehn Jahre nach dem Vertrag von Nizza und sieben Jahre nach der verzögerten und abgeschwächten Verfassung der EU mit dem Vertrag von Lissabon macht es keinen Sinn, sich durch das imaginäre Ziel einer „EU-Armee“ von den jetzt erforderlichen Aufgaben ablenken zu lassen.



Denn in den kommenden Jahren wird es vorrangig darauf ankommen, das Zusammenwirken auf der politischen Entscheidungsebene im Geist des Lissabon Vertrages und der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) für zivil-militärische Krisenprävention, -reaktion und -nachsorge inhaltlich und methodisch intensiv zu strukturieren und die Interoperabilität der eingesetzten zivilen und militärischen Fähigkeiten insgesamt und der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten im Besonderen in allen Funktionsbereichen und auf allen Ebenen voranzutreiben.

Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt darauf, auf dem Weg zu mehr Gemeinsamkeit, die Interoperabilität der Streitkräfte aller Mitgliedstaaten so zu entwickeln, dass diese sowohl unter der strategischen Führung der EU wie der NATO wirksam zum Einsatz gebracht werden können.

Aber letztlich hängen alle durchschlagenden Erfolge, sei es der Interoperabilität oder des „Pooling & Sharing“ daran, dass das Vertrauen untereinander wächst, dass der jeweils andere Mitgliedstaat seine Mittel zur Verfügung stellt, wenn alle oder einige EU-Mitgliedstaaten ihrer dringend bedürfen. Das darf nicht auf die Frage der kollektiven Verteidigung eingengt werden, sondern muss auch Raum für wirksame Krisenbewältigung unter Einschluss militärischer Mittel lassen.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im *Newsletter Verteidigung*, Ausgabe 11/2015 v. 17. März 2015.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*